

Kurzberichte

Anlagen der Versicherungen

Vertragsversicherungen spielen in Österreich aus historischen, wirtschaftlichen und institutionellen Gründen eine viel geringere Rolle als in den westlichen Industriestaaten. Sie haben sich jedoch in den letzten Jahren kräftig entwickelt. Dank rasch wachsender Prämieinnahmen konnten sie größere Beträge auf dem Wertpapiermarkt anlegen und allmählich in das Direkt-Kreditgeschäft vorstoßen. Auch die Sozialversicherung hat als Einleger bei den Kreditunternehmungen und als Käufer von Wertpapieren einige Bedeutung, obwohl sie Beiträge nach dem Umlageverfahren einhebt und daher nicht planmäßig Reserven bildet.

Eine verlässliche Darstellung der Anlagen der Versicherungswirtschaft und ihrer Bedeutung für den Geld- und Kapitalmarkt begegnet statistischen Schwierigkeiten. Die Statistik der Vertragsversicherungen ist im Gegensatz zur allgemeinen Statistik dürftiger als vor dem Krieg. Damals gab es gut gegliederte Gesamtübersichten über Ausgaben, Einnahmen und Vermögenswerte. Gegenwärtig werden in den Jahresberichten des Versicherungsverbandes, in den „Mitteilungen“ der Nationalbank und im „Finanzkompaß“ nur einige ausgewählte, nicht immer ausreichend gegliederte oder vergleichbare Zahlen veröffentlicht¹⁾. Die Sozialversicherungstatistik enthält genaue Angaben über Ausgaben und Einnahmen, die Vermögensgebarung wird aber nur unzulänglich erfaßt.

Die Lücken in der Statistik wurden durch Schätzungen zu überbrücken versucht. Im einzelnen wurde wie folgt vorgegangen: Zunächst wurden die Gesamteinnahmen aus den (statistisch erfaßten) Prämieinnahmen und den (statistisch nicht erfaßten) Vermögenserträgen geschätzt und den (stati-

stisch erfaßten) Gesamtausgaben gegenübergestellt. Der Überschuß an Einnahmen konnte, wenn man von Gewinnausschüttungen und Bewertungsdifferenzen absieht, kurz- oder langfristig angelegt werden. Von diesen Gesamtanlagen (Vermögenszuwachs) wurden sodann die (statistisch erfaßten) Finanzanlagen, wie Kassenbestände, Einlagen bei Kreditunternehmungen, Wertpapiere und Darlehen, abgezogen und auf diese Weise die (statistisch nicht erfaßten) Sachanlagen (vor allem Grundstücke, Häuser) geschätzt. In den Übersichten ist jeweils angegeben, welche Statistiken verwendet und welche Größen geschätzt wurden.

Die gesamten Prämieinnahmen der Vertragsversicherungen wuchsen in den Fünfzigerjahren um 12% bis 44% pro Jahr. 1961 erreichten sie 413 Mrd. S oder 590 S pro Kopf der Bevölkerung. In der Bundesrepublik Deutschland war 1960 die Kopfquote mit fast 200 DM (1.300 S) mehr als doppelt so hoch. Besonders schwach ist in Österreich die Lebensversicherung entwickelt: im Durchschnitt zahlte jeder Österreicher 74 S, jeder Deutsche dagegen 53 DM (340 S) Prämien. Die Unterschiede können nur zum Teil mit ungünstigeren institutionellen Voraussetzungen erklärt werden (größere Bedeutung der Sozialversicherung, Fehlen von Rückversicherungsunternehmungen usw.). Sicherlich wäre das Versicherungsgeschäft auch in Österreich noch entwicklungsfähig.

Prämieinnahmen der Vertragsversicherungen

Jahr	Prämieinnahmen aus			Gesamtprämieinnahmen	Zuwachs in %
	Lebens- 1	Kranken- Versicherungen 2	Sonstigen 3		
	Mill. S			4	5
1951				710	
1952				1 020	44
1953	178	161	881	1 220	19
1954	208	200	986	1 394	14
1955	245	244	1 156	1 645	18
1956	286	281	1 340	1 907	16
1957	331	325	1 733	2 389	25
1958	384	371	2 031	2 786	17
1959	448	434	2 233	3 115	12
1960	521	492	2 686	3 699	19
1961	598	562	2 970	4 130 ¹⁾	12

Q: Spalten 1, 2 und 4 Berichte des Verbandes der Versicherungsanstalten 1953—1960

— ¹⁾ Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank.

¹⁾ Der Jahresbericht des Versicherungsverbandes gibt die Einnahmen aus der Lebens- und Krankenversicherung in absoluten Zahlen, für die übrigen Versicherungssparten aber nur Veränderungszahlen in Prozent an. Die Nationalbank veröffentlicht die Gesamtausgaben (ungegliedert) der Vertragsversicherung und ihre Finanzanlagen gegliedert nach Kassenbeständen, Einlagen bei Kreditunternehmungen, Darlehen und Wertpapieren. Der Finanzkompaß enthält Ausgaben für verschiedene Versicherungsleistungen. Über die Vermögenserträge und die Sachanlagen fehlen statistische Zusammenstellungen.

Die *Vermögenserträge* der Vertragsversicherungen betrugen 1957 etwa 120 Mill. S, stiegen besonders in den letzten beiden Jahren sehr stark und dürften 1961 etwa 250 Mill. S erreicht haben. Diese Werte wurden unter der Annahme folgender Zinssätze geschätzt: für Einlagen bei den Kreditunternehmungen 3% (die Versicherungen haben einen Teil der Einlagen gebunden und erhalten günstigere Konditionen als Normaleinleger), für Wertpapiere 6% (die Versicherungen haben hauptsächlich festverzinsliche Nachkriegsanleihen meist unter pari erworben) und für Darlehen 7%. Die Erträge des Sachvermögens (Grundstücke, Gebäude) sind vermutlich nur gering und wurden vernachlässigt.

Die *Gesamtausgaben* der Vertragsversicherungen nahmen in den letzten Jahren um 9% bis 18% zu. 1961 erreichten sie 31 Mrd. S. Der Anteil der Versicherungsleistungen stieg zu Lasten der sonstigen Ausgaben (z. B. Verwaltungsaufwand, Steuern). Da die Ausgaben schwächer stiegen als die Einnahmen, wuchs der *Einnahmenüberschuß* in den letzten Jahren um durchschnittlich 20% pro Jahr auf 126 Mrd. S im Jahre 1961. Sieht man von Veränderungen in der Kassenhaltung und von Gewinnausschüttungen ab, so konnte etwa dieser Betrag angelegt werden.

Gebahrung der Vertragsversicherungen

Jahr	Prämien-einnahmen	Ertrag der Anlagen	Gesamtausgaben	davon Schadenzahlungen	Einnahmenüberschuß 1+2-3	Finanzanlagen	Sonstige Anlagen 5-6
	1	2	3	4	5	6	7
	Mill. S						
1958	2 786	130	2 200	1 311	716	440	276
1959	3 115	160	2 420	1 431	855	521	334
1960	3 699	200	2 860	1 818	1 039	625	414
1961	4 130	250	3 120		1 260	845	415

Q: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank (Spalten 3 und 6), Berichte des Verbandes der Versicherungsanstalten (Spalte 1), Finanzkompaß (Spalte 4), Schätzungen (Spalte 2)

Die *Sozialversicherung* arbeitet im Gegensatz zur Vertragsversicherung nicht nach dem Kapitaldeckungsprinzip, sondern nach dem Umlageprinzip. Dennoch erzielte auch sie in den letzten Jahren ständig *Einnahmenüberschüsse*. Sie waren jedoch mit 100 bis 700 Mill. S viel niedriger als in der Vertragsversicherung, obwohl die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung etwa viermal so hoch sind wie die Prämieinnahmen der Vertragsversicherung. Da die Einnahmenüberschüsse gering sind und überdies von Jahr zu Jahr stark schwanken, können sie nur zu einem geringen Teil auf dem Kapitalmarkt angelegt werden.

Gebahrung der Sozialversicherung

Jahr	Gesamteinnahmen	davon Bundeszuschuß	Gesamtausgaben	Einnahmenüberschuß 1-3	Finanzanlagen	Sonstige Anlagen 4-5
	1	2	3	4	5	6
	Mill. S					
1958	11 464	953	10 901	563	113	450
1959	12 442	1 104	12 136	306	151	155
1960	13 603	1 172	13 489	114	1 552	-1 438
1961	16 767	1 924	16 109	658	-362	1 020

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger (Spalten 1 bis 3) Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank (Spalte 5)

Die *Einnahmenüberschüsse* von Vertrags- und Sozialversicherung zusammen betrugen nach dieser überschlägigen Berechnung 1958 bis 1960 12 bis 13 Mrd. S pro Jahr und 1961 19 Mrd. S. Davon wurden im Durchschnitt zwei Drittel in Finanzwerten (einschließlich Einlagen bei Kreditunternehmungen), der Rest in Sachwerten (einschließlich statistischer Differenzen) angelegt.

Von den *Finanzanlagen* der Vertragsversicherungen entfiel 1961 etwa die Hälfte auf Darlehen (443 Mill. S), etwas mehr als ein Drittel auf Wertpapierkäufe (304 Mill. S) und etwa 10% (78 Mill. S) auf Einlagen bei Kreditunternehmungen¹⁾. Die Einlagen sichern die Liquidität der Versicherungsunternehmungen und überbrücken zeitliche Differenzen zwischen Beitragseingängen und Anlagemöglichkeiten. Sie steigen meist im 1. Halbjahr ziemlich stark und sinken im 2. Halbjahr, wenn die Wertpapiere der Herbstemissionen gekauft werden. Die Finanzanlagen der Sozialversicherungen schwanken entsprechend den Einnahmenüberschüssen von Jahr zu Jahr stark. Soweit Mittel längerfristig zur Ver-

Finanzanlagen der Vertragsversicherungen

	1958	1959	1960	1961
	Mill. S			
Barbestand ..	+ 4	+ 3	+ 7	+ 20
Einlagen bei Kreditunternehmungen	+ 103	+ 37	+ 82	+ 78
Wertpapiere	+ 181	+ 320	+ 327	+ 304
Darlehen ..	+ 152	+ 161	+ 209	+ 443
Finanzanlagen	+ 440	+ 521	+ 625	+ 845

Q: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank

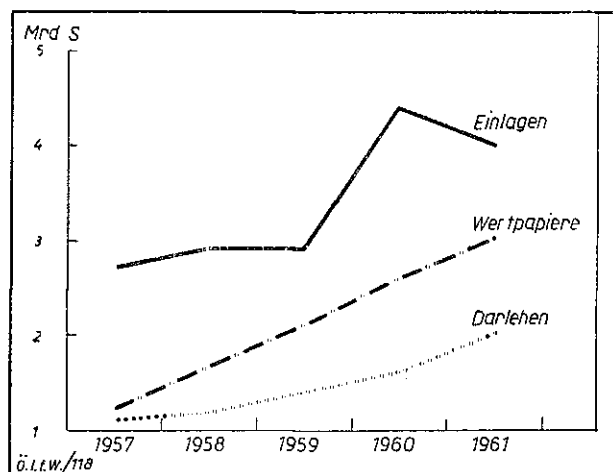
Finanzanlagen der Sozialversicherungen

	1958	1959	1960	1961
	Mill. S			
Barbestand ..	- 2	+ 4	- 9	+ 12
Einlagen bei Kreditunternehmungen	+ 100	- 7	+ 1 469	- 541
Wertpapiere	+ 270	+ 152	+ 106	+ 170
Darlehen ..	- 55	+ 2	- 14	- 3
Finanzanlagen	+ 313	+ 151	+ 1 552	- 362

Q: Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank

¹⁾ Laut Versicherungsstatistik der Nationalbank; nach der Einlagenstatistik sind die Einlagen bei Kreditunternehmungen um etwa ein Viertel niedriger und schwanken viel stärker.

Finanzvermögen der Versicherungen (Normaler Maßstab; Mrd. S)



Das Finanzvermögen der Versicherungen (Vertrags- und Sozialversicherungen) wuchs in den letzten vier Jahren um über 80%. Die längerfristigen Anlageformen (Darlehen und Wertpapiere) nahmen recht gleichmäßig zu, weil die Entwicklung bei den Vertragsversicherungen sehr stetig verlief. Die Darlehen blieben wegen ihres Abbaues bei den Sozialversicherungen leicht zurück, die Vertragsversicherungen legten aber mehr in Darlehen an als in Wertpapieren. Die Höhe der jeweiligen Einlagen bei Kreditunternehmen schwankte verhältnismäßig stark; das ergibt sich aus der uneinheitlichen Entwicklung der Sozialversicherungen und aus ihrer Eigenschaft als Liquiditätspolster.

fügung stehen, werden sie hauptsächlich in Wertpapieren (meist staatlichen Obligationen) angelegt. Die Direktkredite werden zunehmend eingeschränkt.

Die Bedeutung der Versicherungswirtschaft (Vertrags- und Sozialversicherung) für den Geld- und Kapitalmarkt läßt sich in Zahlen angeben, indem man ihr Finanzvermögen (Bestände) und ihre Finanzanlagen (Bestandszuwächse) den entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Größen gegenüberstellt. Ein solcher Vergleich zeigt zunächst, daß die Versicherungen ein wichtiger Einleger bei den Kreditunternehmen sind. Ende 1961 gehörten ihnen 7% aller Einlagen und 17% der Sicht- und Termineinlagen. Die Versicherungen stellen ferner namhafte Beträge dem Wertpapiermarkt zur Verfügung. Ende 1961 besaßen sie 3,0 Mrd. S Wertpapiere, etwa 13% des gegenwärtigen Umlaufs an inländischen festverzinslichen Wertpapieren. 1961 wuchsen ihre Bestände um 474 Mill. S, die der Kreditunternehmen dagegen nur um 48 Mill. S. Die Wertpapierkäufe (brutto, vor Abzug von Abschreibungen und Tilgungen) dürften etwa 500 bis 550 Mill. S erreicht haben, ein Sechstel bis zu einem Fünftel der gesamten Neuemissionen festverzinslicher Werte. Schließlich schalten sich die Versicherungen zunehmend in das Direkt-Kreditgeschäft

ein. Ihr aushaftendes Kreditvolumen betrug Ende 1961 20 Mrd. S, fast 70% der kommerziellen Kredite mit mehr als einem Jahr Laufzeit und etwas mehr als 10% der über fünfjährigen Kredite. 1961 vergaben sie 440 Mill. S zusätzliche Direktkredite, mehr als die Bankiers und nicht viel weniger als die gewerblichen Kreditgenossenschaften. Ihr Kreditvolumen wuchs mit 28% stärker als das der Kreditunternehmen (die Sonderkreditunternehmen mit einem Zuwachs von 31% ausgenommen). Dementsprechend ist ihr Anteil an der Kreditausweitung (am Bestandszuwachs) mit 12% (Kredite für länger als ein Jahr) und 16% (Kredite für länger als fünf Jahre) merklich größer als am aushaftenden Kreditvolumen (Bestand). Die Versicherungen vergeben ihre Mittel besonders langfristig und schließen damit eine Lücke im Kreditangebot. Langfristige Mittel sind für viele Großinvestitionen unentbehrlich, können aber vom Kreditapparat nur beschränkt zur Verfügung gestellt werden, weil seine Einlagen nicht oder nur kurz gebunden sind. Außerdem erschweren Mindestreservenpolitik und Kreditkontrollabkommen die langfristige Planung der Kreditunternehmen.

Finanzvermögen der Versicherungen

	1957	1958	1959	1960	1961
	Mill. S				
Einlagen bei Kreditunternehmen					
Vertragsversicherung	617	720	757	839	917
Sozialversicherung	2.052	2.152	2.145	3.614	3.073
Zusammen	2.669	2.872	2.902	4.453	3.990
Wertpapiere					
Vertragsversicherung	670	851	1.171	1.498	1.802
Sozialversicherung	539	809	961	1.067	1.237
Zusammen	1.209	1.660	2.132	2.565	3.039
Darlehen					
Vertragsversicherung	884	1.036	1.197	1.406	1.849
Sozialversicherung	237	182	184	170	167
Zusammen	1.121	1.218	1.381	1.576	2.016

Q: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank

Das Vordringen der *Direktkredite* ist eines der auffallendsten Merkmale der Versicherungswirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg. Ihr Anteil an den Finanzanlagen der Vertragsversicherungen betrug 1958 35%, fiel 1959 auf 31% und ist seither ständig gestiegen (1961 52%). In der Zwischenkriegszeit dagegen hatten die Versicherungen ihre Mittel hauptsächlich in Wertpapieren angelegt. Der Wandel in der Anlagepolitik wurde dadurch begünstigt, daß in Österreich hauptsächlich Anleihen der öffentlichen Hand aufgelegt werden (Industrieanleihen fehlten auf dem heimischen Markt) und die Versicherungen daher nicht die Möglichkeit haben, ihr Risiko zu streuen. Auch kurzfristige Einflüsse wie Konjunktur und Bankenliquidität spielen eine

Rolle. Entscheidend dürften jedoch längerfristige Wandlungen in den Finanzierungsmethoden sein. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo ein reichhaltiges Angebot an verschiedenen Wertpapieren besteht, ist der Anteil der Direktkredite bemerkenswert hoch und nimmt weiter zu. Das Wertpapier ist offenbar als Finanzierungsinstrument zu kostspielig, wenn die Mittel nicht mehr direkt von den kleinen Sparern aufgebracht, sondern mehr und mehr von Kreditunternehmen und Kapitalsammelstellen bereitgestellt werden. Der Direktkredit spart Steuern und Emissionskosten, er ist, sofern es sich um große Kreditnehmer von hoher Bonität handelt, auch kaum schwerer zu mobilisieren als Wertpapiere.

Die Ausweitung der Direktkredite der Versicherungen wirft verschiedene Probleme auf. Für die Kreditpolitik stellt sich die Frage, ob und inwieweit ihre Maßnahmen (Mindestreservenpolitik, Kreditkontrollabkommen) an Wirksamkeit verlieren, wenn sie nur die Anlagen der Kreditunternehmen,

nicht aber die an Bedeutung zunehmenden Anlagen der Versicherungen steuert. Diese Frage wird besonders in finanziell hoch entwickelten Ländern, wie etwa in den USA, lebhaft diskutiert, wo die Versicherungen eine weit größere Rolle spielen als in Österreich. Ferner ergeben sich aus der zunehmenden und unmittelbaren Konkurrenz zwischen Kreditunternehmen und Versicherungen wettbewerbspolitische Probleme. Versicherungen und Kreditunternehmen werden nicht nur durch kreditpolitische Maßnahmen unterschiedlich getroffen. Auch die steuerlichen Begünstigungen und Belastungen (z. B. steuerliche Förderung verschiedener Sparformen und Versicherungsverträge, Versicherungssteuer) und die Möglichkeit, durch Kopplungsgeschäfte billige Angebote erstellen zu können (Gemeinden z. B. erhalten von Versicherungsunternehmen billige Kredite, wenn sie sich verpflichten, ihre Versicherungsverträge mit dieser Gesellschaft abzuschließen) sind verschieden und verfälschen die Wettbewerbsbedingungen.

Der internationale Fremdenverkehr Westeuropas im Jahre 1961

Reisen wird zum Massenbedürfnis

Der Fremdenverkehr ist in den Nachkriegsjahren zu einem der wichtigsten Wirtschaftssektoren Westeuropas geworden. Hotellerie, Gast- und Schankgewerbe, Verkehr, Souvenirgewerbe aller Art sowie die damit zusammenhängenden vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweige dehnten sich infolge der ständig steigenden Gesamtnachfrage außergewöhnlich stark aus und sind in vielen Fremdenverkehrsgebieten bereits die wichtigsten Erwerbsquellen. 1961 wurden in 12 westeuropäischen Ländern (EWG, EFTA, Spanien) 37 Mrd. \$ (95 Mrd. S) aus dem internationalen Fremdenverkehr eingenommen, knapp 14 \$ (354 S) je Einwohner dieser Länder. Von diesem Ausgabenstrom werden auch abseits liegende Landgebiete erfaßt, und durch die Privatzimmervermietung können weite Bevölkerungskreise aus dem Fremdenverkehr direkt Nutzen ziehen.

Die starke Zunahme des Reiseverkehrs geht vor allem auf die Freizeitreisen (Urlaub, Wochenende, Feiertage) zurück, die in den letzten zehn Jahren aus vielfältigen ökonomischen und soziologischen Gründen zu einem Massenbedürfnis geworden sind. Verstädterung, zunehmende Mechanisierung des Arbeitsablaufes und höhere Arbeitsintensität steigern den Wunsch, sich zu erholen; der zunehmende Wohlstand verstärkt den Drang nach Bildung und Erlebnissen. Steigende Einkommen, vermehrte Freizeit und billige Unterkunftsmöglichkeiten (Camping) erleichtern die Erfüllung der Wünsche.

Großen Einfluß auf den Fremdenverkehr hat die rasch fortschreitende Motorisierung im Straßenverkehr. Der Besitz eines Kraftfahrzeuges erhöht die Reisebereitschaft und ermöglicht es, entlegene, bahnferne Gebiete aufzusuchen. Die Flächenwirkung des Kraftfahrzeuges dezentralisiert das Fremdenverkehrsgewerbe; viele abseits gelegene kleine Gasthöfe und Orte konnten sich dank der Motorisierung zu viel besuchten Fremdenverkehrsstätten entwickeln. Die hohe Bedeutung der Motorisierung zeigt sich in dem außergewöhnlich hohen Anteil des Straßenverkehrs am Gesamtverkehr. Die Zählungen der Grenzübertritte einreisender Ausländer in einigen Jahren ergaben, daß bis zu 80% der Einreisenden ein Stra-

ßenverkehrsmittel benutzen. Im Inlandsverkehr dürfte dieser Anteil geringer sein, da die kaufkraftschwächeren (und daher nicht motorisierten) Reisenden stärker ins Gewicht fallen. Der internationale Fremdenverkehr wird durch die Motorisierung besonders begünstigt, weil das Kraftfahrzeug die Möglichkeiten, Fremdes und Neues kennenzulernen, noch steigert. In Westeuropa hat der internationale Reiseverkehr in den letzten Jahren stärker zugenommen als der Inlandsverkehr. Dies gilt selbst ohne den außereuropäischen Besucherstrom. Die Ursachen sind zum Teil der Wunsch, weit zu reisen und viel zu sehen, zum Teil klimatische Gründe, die vor allem die Mittelmeerländer begünstigen. Der steigende Trend wird anhalten, da das Reisen immer mehr zu einem festen Anliegen wird und immer weitere Kreise in seinen Bann zieht. Der Aufwand dafür wird zu einem relativ unelastischen Ausgabeposten im Haushaltsbudget. Das eigene Kraftfahrzeug fördert diese Tendenz. Mitunter wird der Reiseaufwand auf Kosten traditioneller Konsumbedürfnisse finanziert.

Der internationale Fremdenverkehr ist für einzelne Länder auch konjunkturpolitisch bedeutend geworden. Die Deviseneinnahmen sind in vielen Ländern, wie z. B. in Österreich, Italien, Spanien, Jugoslawien und der Schweiz ein so wichtiger Aktivposten in der Zahlungsbilanz, daß ein stärkerer Rückgang des Ausländerverkehrs die Wirtschaft bereits fühlbar treffen kann. Der internationale Fremdenverkehr ist allerdings im Vergleich zur Vorkriegszeit weniger konjunkturrempfindlich geworden, da Reisen kein Luxus mehr sind, den man bei angespanntem Haushaltsbudget am ehesten einschränkt. Wenn sich auch in politisch kritischen Situationen nur die jährliche Zuwachsrate des Fremdenverkehrs verringerte und der Reiseverkehr nicht einmal stagnierte, so zeigt das, welche Bedeutung der Freizeitreise bereits beigemessen wird.

Obwohl der internationale Reiseverkehr noch lange nicht ausgeschöpft ist — die Auslandsreisen der Südeuropäer sind noch bedeutungslos, in den übrigen europäischen Ländern bestehen noch beträchtliche Steigerungsmöglichkeiten —, bleibt das Angebot an Herbergen und Gaststätten in der

Der westeuropäische Fremdenverkehr nach Herkunfts- und Zielländern 1961

Aus/nach	Österreich	Schweiz	B. R. Deutschl	Italien	Frankreich	Belgien	Holland	Jugoslawien	Insgesamt	1960=100	Spanien ¹⁾
Übernachtungen in 1.000											
Österreich	—	324 1	511 2	2 183 0	380 0	33 0	37 5	1 473 9	4 942 7	— 0 1	136 1
Schweiz	435 5	—	694 5	3 218 0	1 700 0	61 0	119 8	95 9	6 324 7	+ 8 1	552 7
Italien	230 1	1 122 6	611 6	—	2 300 0	120 0	86 5	322 2	4 793 0	+ 5 4	1 033 9
B. R. Deutschland	22 984 2	4 769 5	—	12 475 0	2 980 0	448 0	1 244 2	1 372 1	47 273 0	+21 3	1 922 2
Frankreich	903 4	2 916 9	1 034 8	4 741 0	—	874 0	211 2	281 5	10 962 8	+14 1	13 328 1
Belgien	340 6	905 0	724 8	1 200 0	3 500 0	—	181 9	58 3	6 910 6	+ 7 9	619 9
Holland	1 177 3	936 1	1 466 4	1 517 0	1 800 0	399 0	—	87 4	7 383 2	+13 0	429 5
England	1 577 2	2 998 4	1 144 2	5 139 0	5 100 0	1 060 0	539 1	260 2	17 818 1	+ 8 5	2 960 2
USA	791 3	1 445 2	1 513 5	4 751 0	4 300 0	255 0	456 8	103 3	13 616 1	— 7 9	1 839 1
Andere	1 557 0	2 000 7	3 218 3	6 359 0	8 759 0	597 0	783 1	467 9	23 742 0	+ 8 8	3 745 6
Insgesamt	29 996 6	17 418 5	10 919 3	41 583 0	31 819 0	3 847 0	3 660 1	4 522 7	143 766 2	+10 7	26 567 3
davon Außereuropa	1 341 5	2 469 2	2 524 9	7 840 0	10 000 0	0 5	740 3	236 2	25 152 6	— 1 4	
Insgesamt 1960=100	116 7	109 0	96 2	114 5	108 4	100 2	105 5	128 8	110 7		122 0
1956=100	208 8	139 1	128 7	124 2	105 4	126 0	142 9	339 6	135 0		

Q: OECD. Tourisme in OECD Member Countries, Heft 1962. — ¹⁾ Schätzung auf Grund der Grenzübertritte

Hauptreisezeit bereits merklich hinter der Nachfrage zurück. Der Ausbau bestehender Zentren ist problematisch, da Reisemassierungen die physische und psychische Erholung erschweren. Als Ausweg bieten sich die Erschließung neuer Gebiete und die Verlängerung der Saison auf Mai bis Juni und September bis Oktober an. Einige Länder haben sich bereits mit Erfolg bemüht, die Saison durch gestaffelte Schulferien und günstige Preisangebote zu verlängern; dies reicht jedoch bei weitem nicht aus.

Stärkster Zuwachs in Österreich und in den Mittelmeerländern

Der Umfang des internationalen Reiseverkehrs in Westeuropa läßt sich infolge ungenügender statistischer Unterlagen nur annähernd feststellen. Nach den vom OECD-Komitee für Fremdenverkehr alljährlich zusammengestellten Statistiken gab es 1961 in den EWG-Staaten sowie Österreich, Jugoslawien und der Schweiz im Ausländer-Fremdenverkehr 143 8 Mill. Übernachtungen, wovon 25 2 Mill. auf Besucher aus Übersee entfielen. Es fällt auf, daß die Besuche aus Übersee gegen 1960 leicht zurückgegangen sind, wobei insbesondere weniger Übernachtungen von US-Amerikanern (— 8%) gezählt wurden. Politische Spannungen in Europa, die Konkurrenz anderer Ferienggebiete und vielleicht auch die Rücksichtnahme auf die ungünstige Zahlungsbilanzsituation haben Europareisen weniger attraktiv gemacht. Die Zahl der insgesamt ins Ausland reisenden USA-Bürger nahm zwar um 4% zu, die Devisenausgaben blieben jedoch unverändert.

Der Verlust an Überseebesuchen wurde durch die Zunahme des intereuropäischen Reiseverkehrs (+ 13%) überkompensiert. Die Zahl der Übernachtungen wuchs in den angeführten Staaten noch um 11%, stärker als in den früheren Jahren.

Die größere Reisefreudigkeit wirkte sich in Jugoslawien (+ 29%), Österreich (+ 17%) und Italien (+ 15%) am stärksten aus. Auch Spanien (führt keine Übernachtungsstatistik) dürfte in diese Ländergruppe fallen, da die Grenzübertritte um 22% zunahmen. In der Schweiz, Frankreich und Holland wurden 9%, 8% und 6% mehr Übernachtungen gezählt, während in Belgien der Ausländerverkehr stagnierte und in der Bundesrepublik Deutschland sogar um 4% zurückging. Diese Unterschiede dürften, abgesehen von eventuellen statistischen Fehlern, zumindest zum Teil mit den politischen Ereignissen in Berlin und Frankreich zusammenhängen sowie mit der Zunahme der direkten Flugverbindungen aus Übersee und den Nordländern nach Österreich, Italien und Spanien, wodurch Transitaufenthalte in Deutschland, Belgien und Frankreich wegfallen. Der Rückgang der USA-Besuche betrug in Italien und Spanien nur 6%, gegen 10%, 13% und 15% in Frankreich, Belgien und der Bundesrepublik Deutschland. Die absolute Zahl der Ausländerübernachtungen war in Italien, Frankreich und Österreich mit 42 Mill., 32 Mill. und 30 Mill. Übernachtungen am größten. Auf diese Länder entfielen 70% der Gesamtfrequenz. In weitem Abstand folgen die Schweiz (17 Mill.), die Bundesrepublik Deutschland (11 Mill.) und Jugoslawien (5 Mill.). Spanien dürfte zwischen 25 und 30 Mill. Übernachtungen erreicht haben¹⁾.

Auch 1961 entfiel ein großer Teil des westeuropäischen Reiseverkehrs auf Gäste aus Deutschland, und zwar 47 2 Mill. oder 33% aller Übernachtungen. Auch 51% des Gesamtzuwachses in allen Ländern kamen auf Deutsche, deren Auslands-

¹⁾ Die Übernachtungen in Spanien wurden geschätzt und zwar auf Grund der Grenzübertritte und im Vergleich mit Portugal, das Grenzübertritte und Übernachtungen ausweist.

reisen um 21% stiegen. Sie bevorzugten Österreich (49%) und Italien (26%). Weit hinter den Deutschen folgen die vor allem nach Italien und Frankreich reisenden Engländer (18 Mill. Übernachtungen) und Amerikaner (14 Mill. Übernachtungen). Die Franzosen (11 Mill. Übernachtungen) besuchten vorwiegend Italien und die Schweiz; einschließlich der Reisen nach Spanien, von dessen Ausländerfremdenverkehr (rd. 27 Mill. Übernachtungen) die Hälfte auf Gäste aus Frankreich entfällt, wäre Frankreich das zweitwichtigste Herkunftsland (24 Mill. Übernachtungen), aber auch dann würde es nur die Hälfte der Auslandsübernachtungen von Deutschen erreichen.

Verteilung des Reiseverkehrs aus einzelnen Herkunftsländern auf Zielländer (1961)

Aus/nach	Öster- reich	Schweiz	B. R. Deutsch- land	Italien	Frank- reich	Belgien	Holland	Jugo- slawien	Ins- gesamt
	in %								
Österreich	—	6	10	44	8	1	1	30	100
Schweiz	7	—	11	51	27	1	2	1	100
Italien	5	23	13	—	48	2	2	7	100
B. R. Deutschland	49	10	—	26	8	1	3	3	100
Frankreich	8	27	9	43	—	8	2	3	100
Belgien	5	13	10	17	51	—	3	1	100
Holland	16	13	20	21	24	5	—	1	100
England	9	17	6	29	29	6	3	1	100
USA	6	11	11	35	31	2	3	1	100
Andere	21	12	8	29	22	3	2	3	100

Die Streuung des Ausländerverkehrs nach Herkunft der Gäste ist in Österreich am geringsten, da 77% aller Gäste aus Deutschland kamen. Am größten ist sie in Deutschland und Frankreich, wo die höchsten Anteile nur 14% (aus den USA) und 16% (England) betragen. Von den anderen Ländern wies Holland den stärksten Vorsprung eines Herkunftsgebietes auf: 34% der Gäste stammten aus Deutschland. In Jugoslawien kamen 33% aus Österreich und 31% aus Westdeutschland.

Anteile wichtiger Herkunftsländer am Ausländerverkehr (1961)

Herkunftsländer	Öster- reich	Schweiz	Italien	B. R. Deutsch- land	Frank- reich	Belgien	Hol- land	Jugo- slawien	Ins- gesamt
	in %								
Übernachtungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
davon									
Österreich	—	2	5	5	1	1	1	33	3
Schweiz	1	—	8	6	5	2	3	2	4
Italien	1	6	—	6	7	3	2	7	3
B. R. Deutschland	77	28	31	—	13	12	34	31	33
Frankreich	3	17	11	9	—	23	6	6	8
Belgien	1	5	3	7	11	—	5	1	5
Holland	4	5	4	13	6	10	—	2	5
England	5	17	12	10	16	27	16	6	12
USA	3	8	11	14	14	7	12	2	10
Andere	5	12	15	30	27	15	21	10	17
Übersee allein	4	14	19	23	31	0	20	5	17

Devisenbilanz des Reiseverkehrs

Der Fremdenverkehr ist ein Devisenbringer mit hohem Nettoertrag und wird daher auch in die langfristigen Wirtschaftsprogramme der Entwicklungsländer einbezogen. Aber selbst in den entwickelten Staaten Europas ist der aktive oder passive Fremdenverkehr ein wichtiger Posten der Zahlungsbilanz. Von 12 westeuropäischen Ländern hatten 1961 nur Deutschland und England einen nennenswerten Passivsaldo von 391 Mill. \$ und 59 Mill. \$. In Deutschland standen den Deviseneinnahmen von 897 Mill. \$ 506 Mill. \$ Deviseneinnahmen gegenüber, in England kamen auf 636 Mill. \$ Ausgaben 577 Mill. \$ Einnahmen. Österreich, die Schweiz, Spanien und Italien haben beachtliche Devisenüberschüsse. Auch die Einnahmen an Devisen je Kopf der Bevölkerung veranschaulichen die Bedeutung des Ausländerverkehrs für das Wirtschaftsleben eines Landes. Die höchsten Kopfquoten erreichen die Schweiz (63 \$) und Österreich (39 \$). Mit steigender Bevölkerungszahl sinkt die relative Bedeutung des Fremdenverkehrs und damit auch die Kopfquote der Fremdenverkehrseinnahmen.

Devisenbilanz des Ausländerverkehrs (1961)

Land	Ein- nahmen	Aus- gaben	Saldo	Einnahmen je Über- nach- tung	Ein- woh- ner	Aus- gaben je Einwohner	Saldo
	Mill. \$				\$		
Österreich	278	60	+ 218	9	39	8	+ 31
Schweiz	343	132	+ 211	20	63	24	+ 39
Italien	755	108	+ 647	18	15	2	+ 13
B. R. Deutschland	506	897	— 391	46	9	17	— 8
Frankreich	565	399	+ 166	18	12	9	+ 3
Belgien	71	—	—	18	8	—	—
Holland	160	155	+ 5	44	14	13	+ 1
England	577	636	— 59	—	—	—	—
Norwegen	56	57	— 1	—	2	2	0
Schweden	118	115	+ 3	—	16	16	0
Dänemark	119	89	+ 30	—	26	19	+ 6
Spanien	385	54	+ 331	—	—	—	—
USA	962	1 743	— 781	—	5	9	— 4

Die Tageseinnahmen je Reisenden schwanken zwischen 9 \$ in Österreich und 46 \$ in Westdeutschland. Diese großen Unterschiede erklären sich aus der anders gearteten Reisestruktur. Wo Aufenthalte in Städten und der Geschäftsverkehr überwiegen, wird mehr eingenommen als im typischen Urlaubsreiseverkehr mit billigeren Landaufenthalten. Die Kaufkraft der Besucher ist ebenfalls von großer Bedeutung. Außerdem spielt das Angebotsniveau des Gastlandes eine maßgebende Rolle, und zwar sowohl das Angebot an Beherbergungsmöglichkeiten wie an sonstigen Waren. In Österreich drückt auch der umfangreiche alpine Touristenverkehr die

durchschnittlichen Tageseinnahmen. Würde man die Hotellerie allein zum zwischenstaatlichen Vergleich heranziehen, wären die Differenzen viel geringer. Außerdem liegt der Wechselkurs zwischen Schilling und Deutscher Mark mit 1:6,5 über der Kaufkraftparität mit 1:5,4, wodurch mit DM

zahlende Gäste in Österreich gleiche Leistungen zur Zeit real um 20% billiger angeboten erhalten als in Deutschland und die Deviseneinnahmen dementsprechend mindern. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die Nachfrage bei einer Kursangleichung gleich hoch bliebe.
